

Lob für Initiative gegen Großmast

Ministerien begrüßen verschärfte Auflagen im Kreis Emsland – Ausweitung gefordert

Von Hans Brinkmann

HANNOVER. Das Vorgehen des Landkreises Emsland gegen ausufernde Anträge auf Großmastanlagen zieht Kreise. Verstärkt wird eine Ausdehnung dieser Initiative auf ganz Niedersachsen gefordert; Unterstützung findet der Vorstoß auch im Regierungslager.

Im Emsland hatte sich die CDU betont kritisch zu agrarindustriellen Tendenzen geäußert. So gibt es in diesem Gebiet aktuell 230 Anträge auf neue Mastställe; zu den 32 Millionen Hähnchenmastplätzen sollen elf Millionen hinzukommen und zu den 1,5 Millionen Schweinemastplätzen weitere 64 000.

Besorgnis bekundeten die Christdemokraten zugleich über die Flut neuer Biogasanlagen, in deren Folge das Landschaftsbild durch Monokulturen von Mais aus dem Gleichgewicht gerate und erhöhte Pachtpreise zu

einem Verdrängungswettbewerb führten.

Der Landkreis verhängte daraufhin einen Quasi-Stopp für Großmastställe und kündigte eine drastische Verschärfung von Auflagen an. So sollen Antragsteller künftig in einem Gutachten detailliert nachweisen müssen, dass in einem Brandfall die Tiere rechtzeitig zu retten sind. Dass demnächst so verfahren werde, teilte Landrat Hermann Bröring (CDU) dem für das Baurecht zuständigen Sozialministerium und dem mit Brandschutz befassten Innenministerium mit.

Außerdem ordnete der Landkreis an, dass bei Bau größerer Mastanlagen auch ein sogenanntes Keimgutachten beizubringen ist. Wenn jemand in einem bestimmten Radius um Wohnbebauung einen Maststall errichten wolle, müsse er nachweisen, dass es zu keiner zusätzlichen Belastung der Bevölkerung durch Keime kommt.

Diese Restriktionen dürfen nach Ansicht von Fachleuten den Bau neuer Großmastanlagen erheblich erschweren und in vielen Fällen unattraktiv machen.

Inzwischen gibt es ein lebhaftes Echo auf diese Initiative. Eine Sprecherin des Sozialministeriums erklärte auf Anfrage, man halte die ver-

„Das ist eine richtige politische Initiative“

**Bernd Busemann,
Justizminister**

schärften Brandschutzbestimmungen für rechtlich zulässig. „Das kann ein Landkreis gerne machen“, hieß es. Auch ein Keimgutachten könnte aus gesundheitspolitischer Sicht sinnvoll sein, um jegliche Gefährdung auszuschließen.

Das Umweltministerium befürwortete diesbezüglich Einzelfallprüfungen unter Berücksichtigung der spezifi-

schon Gegebenheiten vor Ort, solange es noch keine bundesweit gültigen Grenzwerte für Keimemissionen gebe. Der Immissionsschutz obliegt den Kreisen und kreisfreien Städten.

Auch das Landwirtschaftsministerium begrüßte aus tierschutzrechtlicher Sicht das Drängen auf zusätzliche Brandschutzgutachten. Das sei ein „praktikabler Ansatz“, betonte eine Sprecherin von Ministerin Astrid Grotelüsch (CDU).

Politisch „volle Rückendeckung für den Landkreis Emsland“ signalisierte Justizminister Bernd Busemann. Der CDU-Kreisvorsitzende in Aschendorf-Hümming sagte unserer Zeitung, die Dichte der Massentierhaltungsanlagen gefährde zunehmend die Entwicklung von Dörfern. Um diese Gefahr zu mildern, bestehe landes- und bundesweit Handlungsbedarf. Der Kreis habe insofern eine „richtige politische Initiative“ ergriffen.

Die SPD-Landtagsfraktion erklärte, es bestehe „dringender Handlungsbedarf bei der Intensivtierhaltung“. Die Tierzucht- und Haltungsbedingungen müssten überprüft werden.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßte die Initiative des Kreises Emsland als „Schritt in Richtung Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Gefordert wurde zugleich, die Brandschutz-Vorgabe sofort auch landes- und bundesweit anzuwenden. Solche Vorschriften könnten bäuerlich dimensionierte Ställe einhalten, kaum aber agrarindustrielle Anlagen mit Zigttausenden Tieren.

Der Naturschutzbund (NABU) prangerte gestern ebenfalls einen „Wildwuchs“ bei Biogasanlagen und Hähnchenmastställen an. Er forderte, die Errichtung von Biogasanlagen und Massentierställen der Regionalplanung zu unterwerfen und stärker zu steuern.

KOMMENTAR

CDU zieht Reißleine

Von Hans Brinkmann

Die goldenen Zeiten für die Agrarindustrie in Niedersachsen neigen sich offenbar dem Ende zu. Augenscheinlich ist die CDU nicht länger bereit, dem hemmungslosen Bau neuer Großmastställe und maisgefütterter Biogasanlagen tatenlos zuzusehen oder dafür sogar noch als Steigbügelhalter zu dienen.

Die Initiative für einen einstweiligen Zulassungsstopp und drastische Genehmigungsaufgaben ist zwar zunächst nur auf den Kreis Emsland beschränkt, wo der Trend zu Agrarfabriken besonders krasse Züge angenommen hat. Aber Sympathie für diesen Kurs gibt es unverkennbar bis in die Spitze der Landes-CDU und der Regierungskoalition.

Tatsächlich bröckelt die Akzeptanz in der Bevölkerung für einen weiteren Zuwachs an Tierfabriken derart, dass dieses Thema zu einem wichtigen Faktor bei künftigen Wahlen werden könnte. In Süddoldenburg, dem Emsland oder auch in der Lüneburger Heide, wo Hunderte neuer Hähnchenmastställe aus dem Boden gestampft werden sollen, können die Politiker vor Ort ein Lied davon singen.

Hier nun die Reißleine zu ziehen nach dem Motto „Das Maß ist voll“ könnte für die CDU allerdings auch seine Tücken haben. Zum einen dürften juristische Auseinandersetzungen mit enttäuschten Antragstellern drohen; zum anderen bahnt sich die pikante Situation an, dass ausgerechnet eine Landwirtschaftsministerin mit Herkunft aus der Agrarindustrie dieser mächtigen Lobby die Stirn bieten müsste.

Für Astrid Grotelüschen wahrlich eine enorme Herausforderung!

h.brinkmann@noz.de